

# INFO DIE LINKE.

Kiel, 29. April 2008

SCHLESWIG-HOLSTEIN

INFOBRIEF DER PARTEI DIE LINKE.SCHLESWIG-HOLSTEIN

## LINKS wirkt ...

## in Bund, Land, Städten, Gemeinden und Kreisen

Es gibt einen Linksrutsch im Land, so erhält es einhellig durch die Talkshows der TV-Republik, selbst die große Koalition in Berlin sei davon erfasst, glauben die Leitartikler des Blätterwaldes. Letzteres ist noch längst nicht der Fall. Abgesehen von der halbherzigen Verlängerung der Zahlung von ALG I an ältere Arbeitslose, hat die Bundesregierung sich nach wie vor noch nicht ernsthaft um die Belange sozial Benachteiligter gekümmert.

Der vermeintliche Linksrutsch ist noch lange nichts anderes, als der hilflose Versuch der herrschenden Politik einen - sich in der Tat vollziehenden - grundlegenden Stimmungswandel in weiten Teilen der Bevölkerung verbal und rhetorisch aufzufangen. Dass Hartz IV die größte Unverschämtheit ist, die jemals eine Bundesregierung der eigenen Bevölkerung zugemutet hat, ist mittlerweile eine weit verbreitete Ansicht auch unter Menschen, die davon nicht unmittelbar bedroht sind.

Sie spüren und wissen, dass das Bruttoinlandsprodukt seit Vollzug der angeblichen deutschen Einheit inflationsbereinigt um mehr als ein Viertel gestiegen ist. Gleichzeitig sind die Reallöhne erheblich zurückgegangen. Es wird zunehmend als unerträglicher Skandal empfunden, wenn der Staat Milliardenbeträge ausgegeben muss, um Hungerlöhne von Vollzeitbeschäftigten auf ein kaum existenzsicherndes Grundeinkommen anzuheben.

Nach Kriterien, die nicht von LINKEN, Gewerkschaften oder Sozialverbänden, sondern von der herrschenden Politik aufgestellt worden sind, gilt in Deutschland, einer der reichsten Industrie- und Wirtschaftsnationen, beinahe jedes fünfte Kind als von Armut betroffen. Armut bedeutet hier nicht nur Verzicht auf gesunde Ernährung, gerechte Bildungschancen,



Landesparteitag, 27.4.08, Genossinnen des Kreises Segeberg bei der Abstimmung

Spielzeug, Ferien, altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und viele andere alltäglichen Bedürfnisse, sondern Armut bedeutet hier ganz konkret Perspektivlosigkeit. Diese Kinder erfahren den Zynismus des herrschenden Wirtschaftssystems bereits in der Wiege, die Vater Staat letztlich mit nichts anderem als der Hartz-IV-Falle ausstattet.

Nicht DIE LINKE, sondern das Statistische Bundesamt hat ermittelt, dass bei Antritt der Schröder Regierung zehn Prozent der Bevölkerung - die oberen Zehntausend der Neuzeit - gut vierzig Prozent des Gesamtvermögens gehalten haben. Heute, zehn SPD-Regierungsjahre und mithin etliche Steuersenkungen für Besserverdienende und Reiche später, sind aus diesen gut vierzig Prozent fünfzig geworden.

Menschen aus nahezu allen Schichten der Bevölkerung begreifen dies nicht nur zunehmend als ungerecht, sondern sie se-

hen, dass die immer tiefer gehendere soziale Spaltung der Gesellschaft diese am Ende zerreißen wird. Die Erkenntnis, dass

### In dieser Ausgabe:

SEITE 1 - 2

LINKS wirkt - Landesparteitag 27.4.08

SEITE 3

Programm-Vielfalt und Wahlauftakt

SEITE 4

Was für ein Sozialismus? (Björn Radke)

SEITE 5 - 6

Eine Schule für alle (Edda Lechner)  
und Presserklärungen zur Bildungspolitik

SEITE 7

Aktionsvorschläge zur Wahl

SEITE 8

1. Mai-Aufruf DIE LINKE

es neue Konzepte braucht, zumal solche, die sich in anderen Ländern bewährt haben, greift mehr und mehr um sich. Und sie erkennen an, dass DIE LINKE die einzige politische Kraft sind, die dies aufgreift.

So haben wir nicht den Mindestlohn erfinden. In fast allen Staaten der ursprünglichen EWG - und weit darüber hinaus - ist der längst eine wirtschaftliche Realität, die zudem gesamtgesellschaftlich weitestgehend unumstritten und auch von den Arbeitgebern erwünscht ist. Noch vor den Gewerkschaften und lange vor der SPD war es die heutige LINKE, die dieses Thema hierzulande auf die politische Tagesordnung gesetzt hat.

Die Menschen erkennen an, dass unsere sozialen Forderungen eben nicht aus Wolkenkuckucksheimen stammen, dass sie keine Ausflüsse sozialromantischer Träumereien sind, wie viele der neoliberalen Ideologen der etablierten Parteien und Medien es weiß machen wollen. Sie wissen, all dies wäre erreichbar, gälten Steuersätze und -quoten wie in anderen westeuropäischen Ländern, Abgaben wie sie selbst unter Kohl noch Realität waren. So begreifen sie zu recht Lohndumping, Hartz-IV, Kinderarmut und alle weiteren, sozialen Verwerfungen als hausgemacht und als von allen anderen Parlamentsparteien gewollt.

Diese versuchen uns als Sammelbecken der Frustrierten und Verlierer abzukanzeln. Doch damit vermögen sie die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht mehr zu übertünchen. Nur weil sie dies mittlerweile ahnt, hat die Bundes-SPD zähneknirschend die Spitzenkandidatur von Andrea Ypsilanti zu den hessischen Landtagswahlen akzeptiert. Die hat ihrerseits ihre politischen Eckpunkte der Sozial-, Bildungs- und Energiepolitik bei den LINKEN abgeschrieben. Genau damit hat die SPD sich nach langer Leidenszeit mal wieder als Sieger einer Landtagswahl fühlen können. Trotz dessen und trotz des ungewöhnlich polarisierten Wahlkampfes, sind auch DIE LINKEN in den Wiesbadener Landtag eingezogen. Dieser, und erst recht die selbst von vielen LINKEN vor kurzem noch nicht für möglich gehaltenen Wahlerfolge in Niedersachsen und Hamburg, sind ein vielfacher Hinweis ein Beleg.

Oberflächlich belegen sie, dass viele Wählerinnen und Wähler lieber das Original als die noch blasse und noch längst nicht glaubwürdige Kopie, die die SPD darstellt, wählen wollen. Sie belegen, dass wir ernst genommen werden, und nun auch im Westen angekommen sind. DIE LINKE hat bei diesen Wahlen auch in vie-

len Bevölkerungsschichten, die nicht von Armut betroffen oder bedroht sind, die imaginäre Fünf-Prozent-Hürde genommen. Das belegt, viele Menschen erkennen die Zeichen der Zeit und grundlegende fordern gesellschaftliche wie wirtschaftliche Veränderungen ein. Sie haben es satt, dass soziale und gesellschaftliche Deformation gemeint ist, wenn die etablierte Politik von Reformen spricht. Sie wollen zurück zu dem Verständnis von Willy Brandt, das den Begriff von der Reform als "das, was den Menschen nützt" definiert.

Diese Wahlerfolge mahnen uns: Unsere Vorreiterrolle beim Mindestlohn und beim Kampf gegen Hartz-IV, unser klares Nein zur Privatisierungswelle und nicht zuletzt das zu internationalen Militäreinsätzen darf nicht aufgeweicht werden. Unsere neuen Ansätze, die parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen miteinander verknüpfen - siehe zum Beispiel Volksinitiativen werden akzeptiert und vielfach mitgetragen.

Zudem wird honoriert, dass wir politische Zusammenhänge her- und darstellen. So ist unsere Forderung nach der Rekommunalisierung der Energieversorgung nicht nur ein wirkungsvolles Mittel gegen die mittlerweile unverschämte Profitgier der Energiekonzerne. Sie bietet auch die ideale Plattform für umweltfreundliche Strom- und Wärmezeugung auf Grundlage natürlicher Energiequellen. Volkswirtschaftliche wie ökologische Interessen gehen hier eine natürliche Symbiose ein.

Während andere vom Klimaschutz reden, aber serienweise neue, große Kohlekraftwerke bauen wollen, also Klimaschutz sagen und Konzernschutz meinen, während sie riesige Braunkohleflächen durch Zwangsmaßnahmen wie Enteignungen von Bauernhöfen und Einfamilienhäusern "erschließen", nehmen wir die hier gleichlautenden Interessen von Mensch und Umwelt ernst.

Während SPD und Grüne Gemeinschaftsschulen fordern, deren Einführung dann aber allzu gerne dem Schicksal von Koalitionsverhandlungen überlassen, unterstreicht DIE LINKE die Ernsthaftigkeit ihrer Forderung mit der Initiierung und Unterstützung von Volksinitiativen zur flächendeckenden Einführung dieses Schultyps als Ganztageseinrichtung. Auch hier stimmen uns viele Wähler/innen zu. Sie haben es satt, dass die Ideologie derer, die Kinder frühzeitig und menschenverachtend selektieren wollen, weiterhin das Schicksal der Kinder und Jugendlichen bestimmt. Sie haben erkannt, dass Pisa die letztlich logische Folge dieser grundsätzlich verfehlten Schulpolitik

ist. Deswegen gibt es beinahe überall, wo Eltern über Schulformen mitbestimmen können, eine größere Nachfrage nach Gemeinschaftsschulen als nach denen des herkömmlichen Systems. Viele sind bereit uns dort bis in die Details zu folgen, zum Beispiel, wenn sie durch ihre Unterschriften in Mecklenburg-Vorpommern einer Volksinitiative zur Einführung eines kostenlosen Mittagstischs an Grundschulen zum Erfolg verhelfen.

Viele unserer Ideen in den verschiedensten Politikbereichen sind - zumindest hierzulande - neu. Aber bereits im ersten Jahr des Bestehens der neuen LINKEN reagieren die Menschen positiver auf eine linke Partei, als sie das im Westen jemals seit Gründung der Bundesrepublik getan haben. In Schleswig-Holstein ist das nicht anders, das werden die Kommunalwahlen am 25. Mai belegen.

- Einleitung des Leitantrages,  
Landesparteitag, 27. April 2008

## NPD verliert - schon vor der Wahl !

**L**übeck. Das erste Mal seit 1990 ist keine rechte Gruppierung auf Lübecks Wahlzettel zu finden, obwohl der Großraum Lübeck "traditionell zu den regionalen Schwerpunkten des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein" (VS-Bericht 2007) zählt. Wie viele Mitglieder die NPD in Lübeck hat, gibt das Landesamt für Verfassungsschutz den anfragenden Lübecker Nachrichten trotzdem nicht bekannt - obwohl den Behörden wenigstens die Zahlen angesichts der vielen VS-Spitzel doch vorliegen müssten?!

Der ehemalige NPD-Direktkandidat für den Bundestag, **Reinhart Jahnke**, arbeitete am "Potenzial in der rechten Szene", verließ 2006 den Kreisverband und anschließend die Stadt. Seither wirkt er in Ebersberg (30 Kilometer östlich von München) als Mitglied der CSU. "In den Kameradschaften gibt es viele junge Leute, aber die lehnen die politischen Strukturen ab", sagt Jahnke. Damit sei "die Personalsituation der NPD beschissen". Dass die Partei sich dennoch zunächst die Wahlunterlagen bei der Hansestadt besorgt hatten, wertet Jahnke als "Taktik vor dem Aufmarsch" Ende März in Lübeck. Für ihn steht fest, dass "die NPD in der Hansestadt nicht antritt, weil sie nicht genügend Leute hat". Im Kreis Herzogtum Lauenburg hat sie dieses Problem offensichtlich nicht, denn dort stellt sie sich zur Wahl. Ebenso in Ostholstein. (Sowie in Kiel und N-Freisland, Die Redaktion)

- Antifa-Nachrichten 8/08, 24.4.08, kun  
- Quelle: Lüb. Nachrichten, 14.4.08, gekürzt

## Programm-Vielfalt und Ziel-Einigheit

### Die Programme der LINKEN in den Kreisen, Städten und Gemeinden

Am 7. April war der endgültige Abgabetermin für die Kandidaturen. In sämtlichen Kreisen der LINKE in Schleswig-Holstein sind ausreichend Direkt- und Listen-KandidatInnen für die Kreistage, bzw. die kreisfreien Stadtvertretungen aufgestellt. Auch in mehreren Ortsverbänden, Städten und kleineren Orten (siehe "Überblick zur Kommunalwahl") konnte DIE LINKE erfolgreich kandidieren. Nur in dem besonderen Fall war eine geplante Kandidatur (in Brunsbüttel) wegen Formfehlern nicht möglich. Parallel dazu wurden in allen Orten und Kreisen eigene Wahlprogramme verabschiedet.

Dabei stehen folgende Forderungen an erster Stelle:

- Harz VI muss weg! Kampf gegen die Kinderarmut
- Gegen das dreigliedrige Schulsystem und für die integrierte Gemeinschaftsschule
- Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums, für eine soziale Stadt
- mehr Demokratie und direkte Bürgerbeteiligung.
- Soziale Mindeststandards in der Wirtschaftspolitik.

Die örtlichen Bezüge sind vielfältig ausgeprägt. So wird an vielen Orten die Einführung eines Sozialtickets für Bus und Bahn gefordert und ein Kultur-Ticket für den günstigen Zugang zu Konzerten, Theatern, Kinos, Schwimmbad, Museen und Büchereien, wie z.B. Norderstedt. Ausführlich werden in Kiel für bestimmte Problemgruppen bessere Wohnbedingungen gefordert, z.B. niedrigschwellige Angebote für Obdachlose mit Tageswohnungen und Übernachtungsplätzen verbunden mit Zugangsmöglichkeiten für eine ärztliche Versorgung und hygienischen Einrichtungen. Lübeck will eine behindertengerechte und frauengerechte Stadt, eine Stadt, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender gut leben können. Ebenso sollen MigrantInnen und Flüchtlingsberatungsstellen finanziell unterstützt werden.

Die grundsätzliche Vorstellung, ein anderes integriertes Gemeinschaftsschulsystem einzuführen, wird ebenso durch vielfältige konkrete Vorschläge vor Ort

## Herzlichen Glückwunsch ! Erfolgreiche Kandidaturen in allen 15 Kreisen

*Liebe Kreisvorsitzenden, Kreis-SprecherInnen und -GeschäftsführerInnen, SchatzmeisterInnen, Wahlverantwortliche vor Ort, Mitglieder im Landesrat.* Erst einmal möchte ich alle beglückwünschen, dass es mit der Kandidatur doch fast überall reibungsarm geklappt hat... Beste Grüße! Uli für die Wahlkampfgruppe

Oskar  
Lafontaine  
am 8. April  
2008  
in Lübeck

Der  
Wahlkampf  
der LINKEN  
in Schleswig-  
Holstein  
ist eröffnet!



untermauert: durch längere Öffnungszeiten für Kindertagesstätten, mehr und besser ausgebildetes Personal, Einrichtung von Stellen für Sozialpädagogen, Sanierungen der Schulen, Ausrüstung mit Computern, Freizeiträumen und Cafeterien. Nachdem die die Landesregierung versucht hatte, ein Drittel der Fahrtkosten der SchülerInnen den Eltern aufzuzwingen, steht überall die Forderung dagegen. Selbstverwaltete Jugendhäusern - z.T. geschlossen sollen wieder eingerichtet, Gelder für Sucht- und Gewaltpräventionsprojekten zur Verfügung gestellt werden.

Besondere viele lokale Probleme gibt es zur Umweltpolitik: Dithmarschen lehnt den Bau von Kohlekraftwerken sowie einer weiteren Müllverbrennungsanlage in Brunsbüttel ab. Ostholstein will anstelle der geplanten Monsterbrücke zur Fehmarnbeltquerung lieber eine neue Fährverbindung. Nord-Friesland wünscht sich die Anerkennung des Schleswig-Holsteinischen Wattenmeer-Nationalparks als einem der weltweit bedeutendsten Naturgebiete. Der Kreis Herzogtum Lauenburg plädiert für das sofortige Aus für das Atomkraftwerk Krümmel. Die Lübecker LINKEN kämpfen schon lange gegen den Bau des sogenannten Herrentunnels, der den Stadtteil Kücknitz praktisch zur Zahlung einer Maut-Gebühr zwingt. Kiel wendet sich gegen ein von dem Energie-multi EON und den Stadtwerken geplantes Kohlekraftwerk und für eine konsequente Rückführung der Kieler Energiebetriebe in die öffentliche Hand ein.

- Edda Lechner,  
aus Politische Berichte, März 2008

## Wahlkampfauftakt der Linken in Lübeck

Lübeck. Zum Wahlkampfauftakt kam der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine am 8. April in den Lübecker Schuppen sechs und deutlich mehr Zuschauer als erwartet: über 300 Lübecker!

Und Oskar Lafontaine enttäuschte seine Zuhörer nicht. Temperamentvoll schilderte er seine Überzeugung von einem unsozialen Deutschland. Privatisierung sei Raub, die anderen Parteien seien Rentenräuber und Hartz IV mit seiner Zwangsarbeit sei ein Grund für die zunehmende Armut. Angesichts des derzeit schlechten Rufes der deutschen Wirtschaftsbosse hat der Linke ein leichtes Spiel. Unmoralisch sei es eine Kapitalrendite von 25 Prozent zu fordern. "Wenn ein Mitarbeiter 25 Prozent mehr Lohn fordert, wird der Sicherheitsdienst gerufen."

Bei so viel Bundespolitik bleibt die Frage, was eine Kommunalwahl erreichen kann. Viel, ist sich Oskar Lafontaine sicher. Das "lächerliche" Rentengeschenk, das die Bundesregierung am Dienstag beschlossen habe, sei eine Reaktion auf das Abschneiden der Linken bei den letzten Landtagswahlen. Und die Lübecker Kreisvorsitzende Antje Jansen ergänzt: Eine Privatisierung der Daseinsvorsorge - inklusive der Uni-Klinik - werde es mit den Linken nicht geben.

- Quelle: Text (gekürzt) und Foto  
aus HL-Live, 9.4.08

# Was für einen demokratischen Sozialismus wollen wir?

Björn Radke, 17. April 2008

Die aktuelle Aufregung in der Öffentlichkeit um die von DKP-Mitglied Christel Wegner gegenüber der Panorama-Redaktion der ARD geäußerten Positionen zum Thema Staatssicherheit hat sich gelegt. Im Kern hatte Frau Wegner geäußert: *"Ich denke ..., wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da so ein Organ wieder braucht, weil man sich davor schützen muss, dass andere, reaktionäre Kräfte die Gelegenheit nutzen und so einen Staat von innen aufweichen."* Innerhalb der Partei ist danach nicht nur eine Debatte über das Verhältnis zur DKP und anderen sozialistisch-kommunistischen Organisationen oder Strömungen ausgebrochen, sondern es wurden sogleich prinzipielle Einwände laut, VertreterInnen entsprechender Positionen zukünftig auf den offenen Listen der Partei zu berücksichtigen - um von Aufforderungen, anderen den Mund zu verbieten, gar nicht zu reden.

In der letzten Ausgabe des "Infodienst 2 / März 2008" (gemeint ist sicher "Info DIE LINKE" März 2008, die Redaktion) haben sich unter dem Titel: "Gegen Antikommunismus-für eine inhaltliche, kritische und solidarische Debattenkultur" 31 UnterzeichnerInnen, davon einige Mitglieder des Landesvorstandes ausführlich zu Wort gemeldet. Sie fordern, sich "ernsthaft, solidarisch und kritisch mit dem Programm und der Geschichte der DKP auseinanderzusetzen und uns nicht von antikommunistischen Ressentiments leiten zu lassen." Leider lassen es die UnterzeichnerInnen bei diesem Appell bewenden und nehmen die Auseinandersetzung nicht auf.

Stattdessen wird umgekehrt mit Solidaritätsaktionen gegen eine vermeintliche Hexenjagd gekontert. Besonders "überzeugend" in diesem Zusammenhang ist die Schelte einer manipulativen Praxis der bundesdeutschen Medien. Behauptet wird allen Ernstes: Die der DKP-Genossin Wegner zugeschriebenen Positionsbestimmungen seien durch entsprechende Interviewtechnik und Montage erst konstruiert worden. Das sind lediglich billige Ausflüchte.

## Was für einen demokratischen Sozialismus wollen wir?

Die LINKE setzt sich für einen radikalen Politikwechsel ein. Durch Wahlen, aber auch außerparlamentarische Aktivitäten und Formen direkter Demokratie (Volksabstimmung) sowie BürgerInnenbeteiligung soll eine umfassende Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft erkämpft werden. In der Konsequenz bedeutet diese Strategie einer umfassenden zivilgesellschaftlichen Aktivierung: Es kann nicht an den Interessen des Großteils der Bevölkerung vorbei regiert werden. Das betrifft die Lohneinkommen, die Renten, aber auch die Qualität öffentlicher Güter und Dienstleistungen wie z.B. soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Kommunikation. Letztlich soll aus dem aktuellen Kampf gegen die Ignoranz gegenüber der Zivilgesellschaft schrittweise eine nachkapitalistische Gesellschaft als demokratischer Prozess entwickelt werden.

- Die Ausgestaltung einer nachkapitalistischen Gesellschaft wird sicher nicht von einer Partei oder einem Komitee entwickelt.

- Ihre Stabilität und Überlebensfähigkeit wird auch nicht von irgendwelchen Diensten oder Sicherheitsorganen abhängen, sondern davon, ob sie von großen Teilen der Bevölkerung akzeptiert, getragen und weiter entwickelt wird.

Im Kern geht es um die Frage des Verhältnisses von Demo-

kratie und Sozialismus im 21. Jahrhundert und um die Lehren aus der Geschichte des Staatssozialismus im Allgemeinen und der DDR im Besonderen. Sie sind für die Erneuerung der Linken und für die Formierung einer neuartigen Partei von grundlegender Bedeutung.

Der aktuelle Konflikt und die sichtbar gewordenen Reaktionen belegen, dass Wegners Äußerungen nicht nur eine Einzelmeinung sind, sondern auch über die DKP hinaus ein weit verbreitetes Grundverständnis ausdrücken. Deshalb ist eine grundsätzliche Klärung und Positionierung in dieser Frage unverzichtbar. Das betrifft nicht nur die KandidatInnen als Einzelpersonen, sondern die DKP als politische Partei.

Die sichtbar gewordene Denkweise ist für eine moderne Linkspartei mit einer Sozialismuskonzeption für das 21. Jahrhundert völlig unakzeptabel. Es handelt sich um den hilflosen Versuch, das Scheitern der Sozialismusversuche im 20. Jahrhundert schönzureden. Hinter der Sehnsucht nach einer Organisation zum Schutz gegen die Konterrevolution steht die Relativierung und nachträgliche Rechtfertigung der im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen. Dies ist nicht nur eine Verhöhnung der Opfer, sondern dazu noch eine Missachtung des kollektiven Gedächtnisses der innerlinken Geschichte. Völlig unterschlagen wird, dass die repressiven Organe im staatssozialistischen Entwicklungsweg des 20. Jahrhunderts sich schon früh gegen Sozialisten und Kommunisten in den eigenen Reihen richteten und aktiv daran beteiligt waren, alternative Sozialismuskonzeptionen zu unterdrücken.

Die Staatsfixiertheit vieler Linker, wie sie bei Wegner u.a. zum Ausdruck kommt, ist nicht nur spießbürgerlich, sondern steht auch völlig quer zur Grundintention des Marxismus, auf den sie sich selbst in ihrem "revolutionärem Gestus" beziehen. Marx bestand darauf, dass zukünftige soziale Emanzipationsbewegungen entfremdete und verselbständigte politisch-staatliche Strukturen des Kapitalismus in die Gesellschaft zurückholen müssten. Er wollte einen "zivilgesellschaftlichen" Sozialismus.

Selbst noch in den Debatten innerhalb der II. Internationale zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde diese zivilgesellschaftliche Intention aufgegriffen: Die Tragik und das Scheitern des Sozialismus im 20. Jahrhundert besteht nun gerade darin, dass neben der Sozialdemokratie auch die Kommunisten zu Vorreitern eines staatssozialistischen Entwicklungsweges wurden, den Marxismus auf den Hund brachten und den Revolutionszyklus seit 1917 deformierten.

Bei der gegenwärtigen Neuformierung der Linken darf aber die soziale Phantasie über die zivilgesellschaftliche Veränderungen nicht ein weiteres Mal auf der Strecke bleiben. Ein grundlegender Gesellschaftsumbau, der nicht die Unverletzbarkeit der Würde des einzelnen Menschen unabhängig von seiner ökonomischen, kulturellen und sozialen Herkunft in den Mittelpunkt stellt, ist zum Scheitern verurteilt. Respekt vor den Meinungen anderer ist Voraussetzung der Befreiung aus unterdrückenden Verhältnissen. Freiheit und Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Sozialismus sind unteilbar.

DIE LINKE muß - in Abgrenzung zu anderen Parteien - als eine plurale Organisation, den herrschaftsfreien Diskurs und den offenen Meinungsstreit über Ziele und Wege eines demokratischen Sozialismus in den eigenen Reihen praktizieren. Diese De-

batte ist umso dringlicher, als viele neue Mitglieder in den letzten Monaten zu uns gestoßen sind, und nicht enttäuscht werden dürfen. Es sollte ernst genommen werden, dass in Hamburg ein nicht geringer Teil potentieller WählerInnen der LINKEN ihre Unterstützung versagt hat, weil sie sich nicht sicher sind, über das von der LINKEN vertretene Gesellschaftsmodell.

**D**er schleswig-holsteinische Landtag hat im Januar 2007 ein neues Schulgesetz beschlossen. Die Große Koalition aus SPD und CDU im Landtag einigte sich auf einen Kompromiss aus Regionalschule und Gemeinschaftsschule. Die Schulträger haben zu entscheiden, welche Schulform in ihren Gemeinden eingerichtet werden soll. Wenn auch für das Lehrpersonal und die Bildungsstandards überwiegend das Land zuständig ist, so sind doch Ausstattung und Gestaltung der Bildungseinrichtungen Aufgaben der Kommunen. Aus diesem Grunde ist die Schulfrage eins der zentralen Themen im Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein.

Wo liegen die inhaltlichen und organisatorischen Unterschiede der beiden Schularten und welche Auswirkungen haben sie auf zukünftige Bildungschancen? Die Norderstedter Kinder- und Jugendbeiräte haben bereits im vergangenen Jahr die Kernpunkte des neuen Schulgesetzes analysiert. Das stellen wir im Folgenden in verkürzter Form dar.

### Die Regionalschule:

Sie vereint die bisherigen Haupt- und Realschulen mit dem Ziel, allgemeines und berufsorientiertes Wissen weiterzugeben. Die Regionalschule beginnt mit einer einheitlichen Orientierungsstufe, in der SchülerInnen gemeinsam in den Klassen unterrichtet werden. Mit jeder Zeugnisvergabe wird der Leistungsstand einer/s jeden festgestellt. Danach wird entschieden, welcher Abschluss angestrebt und praktisch, in welcher Klasse das Kind zukünftig unterrichtet wird. Ab der siebten Klasse wird zumindest in den Hauptfächern getrennt unterrichtet. Die Regionalschule schließt nach der neunten Klasse mit einem Hauptschulabschluss oder nach der zehnten Klasse mit dem mittleren Schulabschluss ab. In beiden Fällen ist eine Prüfung zu bestehen.

Bedeutende Neuerung dieser Zwitter-Schule gegenüber der bisherigen Haupt- und Realschule ist, dass eine Entscheidung über den angestrebten Schulabschluss nicht mehr nach der vierten Klasse getroffen werden muss, sondern frühestens ab der sechsten, aber auch im spä-

# Eine Schule für alle!

Edda Lechner



teren Verlauf noch geändert werden kann. Außerdem ist es möglich, mit einem guten Hauptschulabschluss ein weiteres Jahr zur Schule zu gehen und den mittleren Schulabschluss durch ein zehntes Schuljahr nachzuholen. Ein Sitzenbleiben ist prinzipiell nicht mehr möglich. Die SchülerInnen können also darauf hoffen, dass sie durch eine flexible Übergangsphase jederzeit mit verbesserten Leistungen den Klassenzug "nach oben" wechseln können, müssen aber auch damit rechnen, dass dieser Wechsel bei mangelnden Leistungen "Nach unten" umgekehrt geschieht.

### Gemeinschaftsschule:

Die daneben vorgesehenen Gemeinschaftsschulen entsprechen in weiten Teilen einer heutigen Gesamtschule. An ihr werden im Unterschied zur Regionalschule die Schüler aller drei Bildungsgänge beschult. Auch hier sind die Übergänge von einem ins andere Schulsystem fließend. Im Vordergrund soll bei dieser Schulart die individuelle Förderung stehen, dafür sollen besondere Förderprogramme eingerichtet werden. Erst nach einem qualifizierten Realschulabschluss sind die Schüler dieser Schulart berechtigt, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, die sich aber örtlich an derselben Schule befindet. Das Abitur erlangt man mit einer zentralen Prüfung nach

Abschluss des dreizehnten Schuljahrs (drei Jahre nach Realschulabschluss).

### Gymnasium:

Die (bisherigen) Gymnasien bleiben als besondere Schulart bestehen. Um sie zu besuchen, benötigt man eine gymnasiale Schullempfehlung. Zu den größten Veränderungen dieser Schulart gehört, dass das Abitur zukünftig nach dem zwölften Schuljahr gemacht werden muss. Um diese Verkürzung kompensieren zu können, wird vermutlich verpflichtender Nachmittagsunterricht angeboten werden müssen. Das Lernziel der Gymnasien bleibt ab der Oberstufe das akademische Arbeiten, dafür wählen die SchülerInnen ein sogenanntes "Profil", das aus mindestens drei Fächern besteht und durch profilergänzende Fächer auf "grundlegendem Niveau" erweitert wird.

### Wer die Wahl hat...

Schulen und Schulträger müssen beantragen, welche der zwei, bzw. drei Schulformen sie zukünftig haben wollen. Sie können sich hierbei zusammenschließen. Die Mindestgröße für die Regionalschule beträgt 240 SchülerInnen, die Gemeinschaftsschule soll nicht unter 300 Kinder aufweisen. Ein Tatbestand, der schon zu einiger Konkurrenz unter den Schulen, ihren Schulleitern und den Eltern geführt hat. Um die erforderlichen Lernziele zu erreichen, sollen Fördergruppen und -klassen eingerichtet und/oder Ganztagsangebote gemacht werden. Letztere sind jedoch nicht verpflichtend. Kleinere Schulen werden von der Landesregierung als unrentabel eingeschätzt und haben keine Existenzberechtigung mehr.

### DIE LINKE im Kreis Segeberg für die Integrierte Gemeinschaftsschule

DIE LINKE im Kreis Segeberg hatte für den 18. März in Norderstedt zu einer Wahl-Veranstaltung eingeladen, die das neue Schulsystem zum Thema hatte: "Integrierte Gemeinschaftsschule statt Regionalschule".

In dem zuvor verteilten Flyer nannten sie die Regionalschule einen Weg in die Sackgasse, weil diese das Aussortieren der Kinder weiter betreibt und nun zur neuen "Restschule" werde. Eltern versuchten zunehmend, ihre Kinder an den Gymnasien unterzubringen, weil mit den beiden anderen (Haupt- und mittleren Schul-) Abschlüssen keine beruflichen Erfolgsaussichten bestünden. Grundsätzlich betont DIE LINKE noch einmal, dass nur die integrierte Gemeinschaftsschule das dreigliedrige Schulsystem wirkungsvoll beenden könne. Sie fördere individuelle Begabungen und Fähigkeiten und könne die in den PISA-Studien zutage getrete-

nen sozialen Ungleichheiten überwinden. Die Forderung nach einer integrierten "Schule für alle" steht übrigens uneingeschränkt in den Wahlprogrammen der 15 Kreise in Schleswig-Holstein, ergänzt durch konkrete Vorstellungen.

### Wahlveranstaltung in Norderstedt

Die beiden Referenten Heiko Winckel-Rienhoff und Volker Murawski (beide Grundschullehrer, im GEW-Vorstand der Kreise Segeberg und Stormarn und Kandidaten), sowie der für die Stadtvertretung in Norderstedter aufgestellte Spitzenkandidat Miro Berbig konnten sehr konkret über die Probleme berichten, die Eltern, SchülerInnen und Lehrer in den Orten des Kreises Segeberg und in der 80.000 Einwohner zählenden Stadt mit dem neuen Schulsystem hätten. Dabei ergab sich folgendes Bild:

- Eltern und Lehrer in Schleswig-Holstein wollen mehrheitlich die Gemeinschaftsschulen. Im Bildungsministerium lagen bereits im Dezember 2007 landesweit 95 Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule vor, nur 39 Anträge auf Einrichtung einer Regionalschule. Ein gemeinsames Lernen und gemeinsame Abschlüsse sind ihnen zunehmend wichtig. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder dauernd die Schulart oder den Schulort wechseln müssen und sie wollen, dass ihren Kindern die Chance eines "noch besseren" Abschlusses offen bleibt. Das kann annähernd nur in der Gemeinschaftsschule erreicht werden.

- Wenn das Land Schleswig-Holstein nicht bereit ist, in die neue Schulart zu investieren, bleibt jede Verbesserung auf der Strecke. Für das neue System werden mehr Lehrpersonal und vor allem Sozialarbeiter gebraucht, eine bessere Ausstattung der bisherigen und Schaffung neuer Schulräume für Sport-, Werken und Fördermaßnahmen (hier ist vor allem auch die Kommune gefragt!), eine Senkung der Schülerzahl in den Klassen und weniger Arbeitsstunden für die LehrerInnen. Sonst wird das Neue zu einer Farce und alle bleibt am Lehrpersonal hängen. Schon jetzt ist die Anforderung an einen Lehrer, die unterschiedlichsten Kinder (mit verschiedenem Bildungsstand, behindert, mit Migrationshintergrund) zu integrieren und sozial zusammenzuführen, kaum zu bewältigen.

- Ohne eine Verpflichtung zur Einführung von Nachmittagsunterricht - natürlich mit Versorgung und Ernährung der Kinder auf Kosten des Schul- und Bildungsetats der Landesregierung und/oder örtlicher Kommunen - kann dauerhaft keine Verbesserung der Lernsituation erreicht werden.

- Was muss mensch überhaupt sinnvoll

erweise lernen, war die abschließende Frage, die auf der Veranstaltung gestellt wurde. Es mangelt laut PISA-Studie in Deutschland vor allem daran, zu lernen wie man lernt, auch mit wenig Wissen Zusammenhänge zu erkennen und soziale Kompetenzen zu erlernen. Es wächst - auch in den neuen Schulen des Kreises - das Interesse an alternativen theoretischen und praktischen Lerninhalten, die beruflich, politisch und sozial zu gebrauchen sind. Darüber wird auch nach dem Wahlkampf noch viel zu diskutieren sein. Mit allen auf allen Ebenen. Aber vor allem auch bei den LINKEN, die am 25. Mai 2008 in Schleswig-Holstein sicherlich in die Kreis- und Stadtparlamente einziehen werden.

- Edda Lechner in Politische Berichte 4/08

- Quellen: Dokumentation der Norderstedter Kinder- und Jugendbeiräte zum neuen Schulgesetz, Dezember 2007

### Presseerklärung Landesvorstand

## Vom Studieren abgeschreckt

**D**IE LINKE Schleswig-Holsteins spricht sich klar gegen den Vorstoß der Landes-CDU zur Einführung nachträglicher **Studiengebühren** aus. „Die Vernunft gebietet, dass Bildung vom Kindergarten bis zur Universität gebührenfrei sein muss“, sagt Landessprecherin Antje Jansen. „Droht man potentiellen Studenten mit einem Schuldenberg, den sie beim Berufseinstieg abzarbeiten haben, ist auch das ein Abschreckungseffekt. Der wird besonders junge Menschen aus sozial schwächeren Familien vom Studium abhalten“, fügt Jansen an.

Anders als die CDU es meint, sehen DIE LINKEN in solchen Gebühren auch kein geeignetes Mittel Studienzeiten zu verkürzen. „Wer will, dass Studentinnen und Studenten schneller zu ihren Abschlüssen kommen, muss gewährleisten, dass die sich auf ihr Studium konzentrieren können, statt währenddessen auch noch nebenher arbeiten zu müssen“, erklärt die Sprecherin der Landes-LINKEN.

Dieser CDU-Vorschlag belegt in den Augen der Partei erneut, dass die Union immer noch nicht begriffen hat, dass Investitionen in die Bildung keine Geschenke für Kinder und junge Menschen sind, sondern die Zukunft der gesamten Gesellschaft sichern.

- Kiel, 14.4.08

### Presseerklärung Landesvorstand:

## Schluss mit der Selektion im Bildungswesen!

**N**och in seiner Zwischenbilanz der Arbeit der **Landesregierung** hatte Ministerpräsident Carstensen das 2007 verabschiedete Schulgesetz positiv hervorgehoben. Nun lassen die Anmeldezahlen für das neue Schuljahr offenbar werden, dass die von der CDU favorisierten Regionalschulen - nämlich die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule - ein Flop sind: Wegen zu geringer Anmeldezahlen können die meisten Regionalschulen ihren Betrieb nicht aufnehmen, während die neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen, in denen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zur neunten Klasse unterrichtet werden, einen Ansturm erleben.

Dazu erklärt die **Landessprecherin** und Spitzenkandidatin für die Lübecker Bürgerschaft, **Antje Jansen**: "Das Konzept der CDU, die Regionalschule quasi als Restschule zu etablieren, ist grandios gescheitert. Die Eltern haben der CDU die rote Karte gezeigt. Es ist Zeit, dass die Politik dieser Entwicklung Rechnung trägt und ihre parteibornierten Schützengräben verlässt."

**Henning Höppner**, **Bildungsexperte der SPD-Fraktion**, meinte als Reaktion auf diese Entwicklung, Konsequenz sei ein "Zwei-Säulen-Modell" aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. DIE LINKE Schleswig-Holstein geht in dieser Frage ein Stück weiter, indem sie die Volksinitiative "Eine Schule für alle" mit ins Leben gerufen hat, deren Ziel ist, die Gemeinschaftsschule als alleinige Schulform in Schleswig-Holstein zu etablieren.

Antje Jansen: "Auch das Nebeneinander von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen würde die Trennung der jungen Menschen in eine breite Masse und eine kleine Elite aufrechterhalten. Am Beispiel des finnischen Schulsystems wird deutlich, dass eine Schule für alle bessere Ergebnisse für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Voraussetzung dafür ist eine stärkere individuelle Förderung der Kinder. DIE LINKE wird weiter dafür kämpfen, dass endlich Schluss ist mit der Selektion im Bildungswesen!"

- Kiel, 14.4.08



Talkrunde beim Norderstedter Fernsehen NOA 4 mit SPD, FDP, LINKE (Miro Berbig, Mitte), GALiN, CDU und 2 ModeratorInnen.

- Solltet Ihr über ein Büro oder eine Postadresse verfügen, so wäre es schön, wenn hier BürgerInnen Gespräche und Diskussionen angeboten werden könnten. Öffnet Eure Büros und Wohnungen und macht es bekannt!

- Organisiert Verteilungen der Wahlprogramme und Flyer vor den Firmen und Betrieben vor Arbeitsbeginn. Beachtet die Schichtzeiten.

**Bundeswahlbüro und Bundesgeschäftsstelle empfehlen:  
Aktionsvorschläge für den Wahlkampf  
... immer, als wären es die letzten 48 Stunden**



Steinburg - Itzehoe: In die Rathäuser!

- Geht in Kneipen und Gaststätten bei Euch vor Ort und verteilt das Infomaterial und die letzten Giveaways (Feuerzeuge, Kulis, Luftballons u.a. mehr)

- Organisiert einen Dauerstand an zentralen Plätzen, der laufend besetzt bleibt, z.B. in Fußgängerzonen in Städten oder auch auf Bürgersteigen vor den Wohnungen in den Dörfern. Es geht hier vor allem um eine Symbolik: DIE LINKE. ist da!

- Verteilt Material! Vor Bahnhöfen und auf zentralen Busbahnhöfen. Vor den Kinos – vor und nach den Vorstellungen! Besucht Sportveranstaltungen und fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, in denen ihr Material an die Fahrgäste verteilt.

- Besucht die Veranstaltungen anderer Parteien und gebt Euch als DIE LINKE. zu erkennen.

- Besucht sichtbar Demonstrationen, wo sie - auch am letzten Tag - noch stattfinden.

- Veranstaltet Fahrradtouren mit ‚geschmückten‘ Gepäckträgern (Plakate und Slogans) und Musik untermalt.

- Plakatiert stets alles nach und überlegt Euch, wo man noch mit weiteren Plakaten hin kann.

- Organisiert Infostände auf den Märkten und in den Stadtteilen und verteilt Infomaterial in den Geschäftsstraßen.

- Steckt das restliche Infomaterial in die Briefkästen.

- Plant eine Weckaktion für Studierende am Wahlmorgen durch eine/n Bundes-Promi. Hierzu am Vortag eine Info-Anzeige schalten und eine Pressemeldung dazu: Wahlkampf-Endspurt für soziale Gerechtigkeit – Weckdienst für Studierende.

- Wer arbeitet nachts? Besucht Radiomoderatoren, Polizeistationen, Krankenschwestern...

- Verteilt am Tag vor der Wahl Glückskekse mit der Botschaft: „Morgen triffst Du eine richtige Entscheidung“.

- Bitte verwendet möglichst immer unsere LINKEN Wahlkampftaschen und -Westen.

- Organisiert bitte Wahlkampfparty's oder eine gemeinsames Zusammensein am Wahlabend und seid erreichbar für die Presse. Macht schon am Donnerstag vor der Wahl Pressemitteilungen mit allen Euren Aktionen!!!



Das Spitzenquintett für die Kommunalwahl 2008 im Kreis Herzogtum Lauenburg,

Foto von links: Falko Kortylak, Ellen Streitbürger, Michael Schröder, Claus-Peter Feindt und Andrea Brunswik

(Leicht gekürzt und geändert, Die Redaktion)

# Auf die Straße für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

## Aufruf der LINKEN. Schleswig-Holstein zum 1. Mai 2008

Seit 1890 gehen Menschen in vielen Ländern am 1. Mai auf die Straße. In diesem Jahr ruft DIE LINKE. Schleswig-Holstein, die sich im letzten Jahr gegründet hat, das erste Mal dazu auf, sich an den Demonstrationen zum 1. Mai zu beteiligen.

Als LINKE verstehen wir uns als neue politische Kraft, die den etablierten Parteien, die für Sozialabbau, Verarmung, Ausgrenzung und Krieg stehen, das Bild einer solidarischen, gerechten und friedlichen Gesellschaft entgegenstellt. In diesem Bewusstsein werden wir 2008 und in Zukunft an der Seite der Gewerkschaften für Arbeit und soziale Gerechtigkeit streiten.

Die deutsche Gesellschaft ist gespalten. Seit 2004 sind die Nettolöhne um 1,5 Prozent gefallen, die Renten sogar um sechs Prozent. Im gleichen Zeitraum sind die Unternehmensgewinne um 25 Prozent gestiegen. Auf der einen Seite stehen eine für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend prekäre Arbeitswelt und eine immer größer werdende Gruppe von Menschen, die durch Hartz IV von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Auf der anderen Seite zunehmender Reichtum für die reichsten zehn Prozent unserer Gesellschaft. Auch wenn DIE LINKE die Verhältnisse schon jetzt ein wenig zum Tanzen gebracht hat, ein grundlegender Politikwechsel steht immer noch aus.

### DIE LINKE. Schleswig-Holstein fordert:

- **Ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn muss her!** Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken, aber die neu geschaffenen Arbeitsplätze sind häufig befristet und unterbezahlt. Auch dem Lohndumping in der Leiharbeit kann so ein Riegel vorgeschoben werden.

- **Hartz IV muss weg!** Die "Reformen" haben zur zunehmenden Kinder- und Fa-



milienarmut, auch bei uns in Schleswig-Holstein, geführt. Den von Hartz IV betroffenen Menschen müssen menschenwürdige Arbeits- und Lebensperspektiven geboten werden, anstatt sie vom gesellschaftlichen Leben auszuschließen.

- **Die Verkürzung der Arbeitszeiten** steht auf der Agenda! In der letzten Zeit war auch in den Tarifverträgen, zuletzt am UKSH, die Tendenz zur Arbeitszeitverlängerung erkennbar. Nach unserer Ansicht ist das der falsche Weg. Nur durch deutliche Arbeitszeitverkürzungen und damit verbundene Umverteilung der vorhandenen Arbeit kann langfristig die Arbeitslosigkeit abgebaut werden.

- **Für Renten, von denen man leben kann!** In den letzten Jahren waren besonders Rentnerinnen und Rentner vom Sozialabbau betroffen. Die Rente mit 67 und das Stagnieren der Rente bei gleichzeitig drastisch steigenden Preisen kommen einer faktischen Rentenkürzung gleich. Die Rente mit 67 muss abgeschafft werden, die Renten müssen wieder deutlich steigen.

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!** Immer noch verdienen Frauen durchschnittlich zwanzig Prozent weniger als Männer in vergleichbaren Positionen. Deshalb ist Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Thema einer Politik für soziale Gerechtigkeit.

- **Für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums!** DIE LINKE steht für eine Umverteilung zugunsten der kleinen Einkommen durch eine höhere Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Rücknahme der Steuererleichterungen für Unternehmen und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

- **Für Demokratisierung statt Demokratieabbau!** ArbeitnehmerInnenrechte müssen gestärkt, die Mitbestimmung ausgebaut werden. Auch Privatisierungen sind ein Abbau von Demokratie. Die Wiederaneignung und Vergesellschaftung bereits privatisierter Einrichtungen der öffentlichen Daseinsfürsorge (Energie, Post, Telekommunikation) und der Stopp geplanter Privatisierungen (Bahn, Krankenhäuser) ist unser Ziel. Das Recht auf politische Streiks muss durchgesetzt werden.

- **Für eine Kultur des Friedens!** Der Reichtum in den Staaten Europas basiert auf der brutalen Abschottung der "Festung Europa". Abgesichert wird das durch Kriegführung nach außen und den Aufbau eines Überwachungsstaates nach innen. Als LINKE wissen wir, dass soziale Gerechtigkeit eng mit dem Ziel des Friedens verbunden und langfristig nur global zu verwirklichen ist.

- **Parlamentarisch und außerparlamentarisch Gegenmacht organisieren!** Der 1. Mai ist jedes Jahr ein wichtiges Ereignis. Nur bedarf es der Organisierung einer kontinuierlichen Gegenmacht gegen die Macht des Kapitals, um einen grundlegenden Politikwechsel durchzusetzen.

Parlamentarisch und außerparlamentarisch wird DIE LINKE im Bündnis mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und vielen anderen Partnern dafür kämpfen - nicht allein am 1. Mai, sondern auch in der täglichen Politik.

- Landesvorstand DIE LINKE SH

**INFO DIE LINKE.**  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 29. April 2008  
Online und Print-Zeitung

Herausgeber: DIE LINKE.SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Willestraße 4-6,  
Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: info@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Mitglieder: Karl-Helmut Lechner, Frank Sommer  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wt.net.de  
und Frank Sommer, eMail: sommer-nortorf@t-online.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.